

Lohnt sich die Schweizer Beteiligung an "Partnership for Peace"

Autor(en): **Bonny, J.-P. / Schlüer, Ulrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **166 (2000)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-66614>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Lohnt sich die Schweizer Beteiligung an «Partnership for Peace»?



PRO

Was ist die Grundidee von «PfP»? Sie gibt die Möglichkeit, die Beziehungen und praktische Zusammenarbeit mit der NATO gemäss **eigenen** Interessen und Fähigkeiten zu entwickeln. Nach Konsultation der Sicherheitspolitischen Kommissionen beider Räte hat der Bundesrat am 30. Oktober 1996 beschlossen, die Schweiz an der PfP zu beteiligen.

Wesentlich ist, dass er in seinem Beitrittsdokument klar und eindeutig erklärte, dass «die Schweiz der dauernden und bewaffneten Neutralität verpflichtet ist. Sie hat nicht die Absicht, die Neutralität aufzugeben. Sie will nicht der Nordatlantischen Allianz beitreten».

Seit mehr als drei Jahren hat die Schweiz im Rahmen der PfP Tätigkeiten entfaltet, die zielgerichtet, erfolgreich und mit unserer Neutralität kompatibel waren. Das dritte Programm (1999) zum Beispiel war auf Projekte fokussiert, welche Bereiche wie die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (vor allem in den Oststaaten ein Problem), das humanitäre Völkerrecht, das Sanitäts-, Such- und Rettungswesen und – wo nötig – die Beteiligung an friedensfördernden Operationen unter UNO- oder OSZE-Mandat betrafen. Gerade der letzte Bereich konkretisierte sich im Rahmen von Aktionen wie «Alba» in Albanien, «Swisscoy» im Kosovo und etwas früher der «Gelbmützen» in Bosnien-Herzegowina.

Damit erfüllen wir in politisch kontrollierter und mit der Neutralität unseres Landes vereinbarer Form einen der drei Teilaufträge des Militärgesetzes 1995. Dieses sieht in Art. 5 vor, dass die Armee auch Massnahmen zur Friedensförderung zu erfüllen hat. Die PfP hat den grossen Vorteil, dass diese Aktionen in einem klar strukturierten und international akzeptierten Rahmen erfolgen und nicht in mit Risiken und aussenpolitischen Unwägbarkeiten verbundene Einzelaktionen ausmünden.

Es geht also primär um Erfüllung eines gesetzlichen Auftrages. Es ist jedoch unzweifelhaft, dass die PfP auch eine Plattform bietet, wo wir unsere Interessen einbringen und wichtige Informationen aus erster Hand bekommen können.



**J.-P. Bonny,
Oberst a D,
alt NR FDP.**

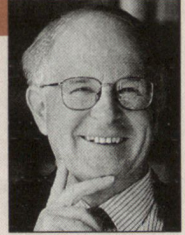
CONTRA

Verlust an Eigenständigkeit schadet

Während der Bundesrat PfP als unverbindliches Angebot preist, von dem jedes Land «à la carte» profitieren könne, wurde es von der NATO mit der strategischen Zielsetzung lanciert, «Beitrittswillige beitragsfähig» zu machen, um der NATO Schritt für Schritt ein «sanftes Einfließen» ins Machtvakuum Osteuropa zu gestatten, das nach dem Zusammenbruch der UdSSR übrig geblieben war.

Das sind Zusammenhänge, welche die schweizerische Landesregierung herunterspielte, um einer Volksabstimmung zur Grundsatzfrage, ob sich die Schweiz mit militärischen Mitteln im Ausland überhaupt engagieren solle, zu entgehen. Ein verhängnisvolles, wenig durchdachtes Ausweichmanöver, das die am Souverän vorbeigemogelte Grundsatzfrage des Auslandengagements der Armee unweigerlich in den Mittelpunkt der Reformen zur Armee XXI rückt – zweifellos nicht zum Nutzen dieser Reform.

Nur schon diese kurzsichtige Politik rund um «Partnership for Peace» hat der Schweiz und der Armee bereits erheblich geschadet. PfP soll die daran beteiligten Armeen bezüglich Bewaffung, Doktrin, Ausbildung, Militärsprache usw. enger an NATO-Vorgaben knüpfen. Für einen Staat, der wie die Schweiz eine eigenständige Landesverteidigung aufgebaut hat und bewahren will, ist dies nicht von Vorteil, weil dadurch Zweifel am Willen zur Unabhängigkeit genährt werden. Natürlich ist die Leistungsfähigkeit unserer Armee immer wieder auch an NATO-Massstäben zu messen – allerdings ohne ihre Eigenständigkeit preiszugeben. Soweit die Schweiz mit ihrer PfP-Beteiligung Eigenständigkeit in den Verteidigungsanstrengungen bereits preisgegeben hat, soweit hat diese PfP-Beteiligung der Schweiz auch geschadet.



**Ulrich Schlüer,
Nationalrat SVP.**

Der Standpunkt der ASMZ

Unter den Zielsetzungen von PfP wird ausdrücklich «die Entwicklung von Streitkräften» genannt, «die mit denen der Mitgliedsstaaten der Nordatlantischen Allianz besser gemeinsam operieren können». Wer diesen Satz im weiteren Zusammenhang und mit dem Blick auf die Entstehungsgeschichte von PfP betrachtet, wird leicht erkennen, dass er darauf ausgerichtet ist, die ganz anders strukturierten Streitkräfte der einstigen Ostblockstaaten und ihre nach einer völlig fremden Führungsdoktrin erzogenen Offiziere näher an NATO-Standards heranzuführen. Für die Schweizer Armee besteht in dieser Hinsicht gar kein Problem. Sie hat während Jahrzehnten Offiziere in Führungslehrgänge der NATO-Armeen geschickt und damit wichtige Elemente ihrer Einsatzdoktrin und Führungslehre von dort «importiert». Sie hat in den NATO-Staaten den Grossteil ihres Kriegsmaterials eingekauft und damit zwangsläufig ihre Kampfführung den Leistungsdaten dieses Materials angepasst.

Es ist deshalb nicht einzusehen, weshalb dieser normale Prozess im Rahmen von PfP auf einmal einen gefährlichen Verlust an Eigenständigkeit bedeuten sollte.

Eigenständigkeit der militärischen Verteidigung ist heute ohnehin eine sehr relative Grösse. Am besten können wir das, was sie jetzt noch bedeutet, erhalten, indem wir uns im internationalen Rahmen als leistungsfähige und nützliche Partner erweisen. Fe ■